



Hessische Staatskanzlei



**SÄCHSISCHE
STAATSKANZLEI**

Die Ministerpräsidenten von Hessen, **Roland Koch**, und Sachsen, **Georg Milbradt**,
zum demographischen Wandel:

„Den demographischen Wandel gestalten - Zukunftschancen sichern“
Gemeinsame Leitvorstellungen der Länder Hessen und Sachsen

Einleitung

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist für die nächste Generation und darüber hinaus weitgehend vorhersehbar, wenn sich die aktuellen Rahmenbedingungen nicht deutlich verändern. 2005 hatte Deutschland eine der niedrigsten Geburtenraten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine Zunahme von Singlehaushalten, viele ältere Menschen, die Abnahme der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter von 15 bis 65 Jahren und ein Rückgang der Bevölkerungszahl insgesamt haben erhebliche Auswirkungen auf alle Bereiche des täglichen Lebens, auf das Wirtschaftswachstum, auf die Sicherung der Sozialsysteme und nicht zuletzt auch auf die Frage der zukünftigen Alterseinkünfte.

Diese Auswirkungen auf Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Bildung, Infrastruktur, Sozialsysteme und nicht zuletzt auf das Selbstbild unserer Gesellschaft sind kurz- und mittelfristig nicht mehr beeinflussbar. Darauf müssen wir uns einstellen: Neben notwendigen Anpassungsstrategien geht es auch darum, möglichst rasch Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich mehr junge Menschen für Kinder

entscheiden. Nur auf diese Weise kann langfristig eine demographische Trendwende erreicht werden.

Die demographische Entwicklung ist eine zentrale Herausforderung, der sich die Politik in den nächsten Jahren stellen muss. Sie verlangt eine langfristige politische Gestaltung weit über das Wirken einer Politikergeneration hinaus. Die Devise muss lauten: Heute handeln für Ergebnisse von übermorgen. Dazu braucht es den Mut, Gewohntes in Frage zu stellen, verkrustete Strukturen aufzubrechen und weitsichtige Veränderungen vorzunehmen.

Die Länder Hessen und Sachsen wollen mit der Vorlage der gemeinsamen Leitvorstellungen **„Den demographischen Wandel gestalten – Zukunftschancen sichern“** eine Orientierungsmarke schaffen, wie die Politik auf die demographische Herausforderung reagieren kann. Gleichzeitig ist es unser Ziel, dem Thema Demographie die Aufmerksamkeit zu verschaffen, die ihm im Vergleich zu kurzfristigen Interessen und Zielen gebührt.

Die beiden Länder haben sich entschlossen, der demographischen Herausforderung mit einem gemeinsamen Ansatz zu begegnen. Dabei sind wir uns unserer unterschiedlichen Voraussetzungen und des unterschiedlichen Grades der Betroffenheit im Hinblick auf Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung in unseren Ländern sehr wohl bewusst. Trotzdem haben wir uns für ein gemeinsames Projekt entschieden. Denn es ist klar, dass der demographische Wandel ein Phänomen ist, das alle Teile Deutschlands trifft. Ferner sind wir der festen Überzeugung, dass wir – so unterschiedlich Probleme und Lösungen im Einzelnen auch sein mögen – durch stetigen Erfahrungsaustausch voneinander lernen können. Das betrifft vor allem die Bereiche Familien-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik. Hessen kann insbesondere davon profitieren, dass Sachsen früher und stärker vom demographischen Wandel betroffen ist und deshalb im Umgang mit Schrumpfung und Alterung bereits Erfahrungen hat. Diese Erfahrungen wollen wir gemeinsam aufgreifen, um geeignete Strategien zu entwickeln.

Herausforderungen und Ziele

Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung sind schleichende Prozesse, die zu lange ignoriert worden sind. Ausbleibende Geburten, die Zunahme des Durchschnittsalters in Deutschland und die höhere Lebenserwartung erfordern ein geändertes Verständnis für die Alterung einer Gesellschaft und neue Antworten auf den Umgang mit der prognostizierten demographischen Entwicklung. Die Fakten verlangen von uns allen nicht weniger als einen Mentalitäts- und Politikwechsel, weg vom Denkschema „Verteilung von Zuwächsen“ oder „Reparaturen im System“ hin zu einer aktivierenden Politik, die die gesellschaftlichen und individuellen Potenziale stärkt und den sozialen und menschlichen Zusammenhalt in der Gesellschaft fördert.

Ein Blick auf die Zahlen hilft, das Ausmaß des Veränderungsprozesses zu erfassen: Nimmt man als Maßstab die natürliche Bevölkerungsbewegung, also den Saldo von Geburten- und Sterbeziffer, dann schrumpft Deutschlands Bevölkerung seit 1972. Gemessen an der Zahl der Gestorbenen, sind seitdem rund 3,2 Millionen Kinder zuwenig geboren worden, also rund 100.000 pro Jahr – obwohl der Kinderwunsch laut Umfragen nach wie vor bei der großen Mehrheit der jungen Erwachsenen vorhanden ist. Der Geburtsjahrgang 1880 war der letzte in Deutschland, der sich komplett reproduziert hat. Dies verdeutlicht die Größe der Aufgabe einer aktiven Bevölkerungspolitik, deren erklärte Ziele eine erhöhte Geburtenrate und eine ausgewogenere Bevölkerungsstruktur sind.

In Ostdeutschland und insbesondere in Sachsen ist der Bevölkerungsrückgang schon seit langem spürbar. Hohe Abwanderungsraten während der DDR-Zeit und seit der Wende sowie ein Geburtendefizit seit 1967 und ein Geburteneinbruch nach 1990 ließen die sächsische Bevölkerung von 5,7 Mio. Einwohnern im Jahr 1950 auf 4,25 Mio. im Jahr 2006 schrumpfen. Für das Jahr 2020 prognostiziert das Statistische Landesamt einen weiteren Rückgang auf ca. 3,8 Mio. Einwohner. Zugleich wird die Bevölkerung älter. Im Jahr 2020 wird jeder dritte Sachse älter als 60 Jahre sein und ca. jeder zehnte älter als 80 Jahre.

In Westdeutschland ist dieser Schrumpfungsprozess lange Zeit durch die Zuwanderung ausgeglichen worden. In Hessen ist die Zahl der Einwohner seit 1950 deutlich

gestiegen. Lebten 1950 noch 4,3 Mio. Menschen in Hessen, so stieg diese Zahl bis 2004 auf 6,1 Mio., mit dem letzten großen zuwanderungsbedingten Schub nach der Wiedervereinigung und der Öffnung der Grenzen nach Osteuropa. Ein Rückgang der Bevölkerung wird nach den bisherigen Prognosen für Hessen erst nach dem Jahr 2020 erwartet. Dieser Bevölkerungsrückgang wird dazu führen, dass im Jahre 2050 etwa das Niveau von Anfang der 70er-Jahre wieder erreicht wird, das entspricht etwa 5,5 Mio. Einwohnern. Die Änderungen in der Bevölkerungsstruktur sind aber schon zuvor dramatisch: Nach den Prognosen des Statistischen Landesamtes steigt bis zum Jahre 2020 der Anteil der Menschen über 60 Jahre ähnlich stark wie in Sachsen, von derzeit 24 auf 29 Prozent, bis 2050 sogar auf gut 38 Prozent. Der Anteil der Hochbetagten (80 Jahre und älter) steigt von derzeit 4 Prozent auf rund 7 Prozent im Jahr 2020 und auf fast 14 Prozent im Jahr 2050.

Eine Umkehr der prognostizierten Entwicklung ist kurz- und mittelfristig allein schon aufgrund des demographischen Echoeffekts nicht möglich. Nicht geborene Frauen können auch keine Kinder gebären. Deutschland hat aufgrund dieses Effekts schon heute die geringste Geburtenzahl je 10 000 Einwohner, obwohl die Geburtenrate im europäischen Mittelfeld liegt.

In der öffentlichen Debatte um diese Herausforderungen stehen in der Regel die negativen Auswirkungen im Vordergrund. Auf der Basis von Trendfortschreibungen und Prognosen werden Schreckensszenarien entworfen, die die Menschen weiter verunsichern. Hier ist die Politik gefordert, verlässliche Perspektiven aufzuzeigen. Den Schreckensszenarien müssen Chancenszenarien gegenübergestellt werden. Strukturelle Veränderungen bergen viele Möglichkeiten, die Zukunft aktiv und positiv zu gestalten. Dies gilt es, in der öffentlichen Diskussion herauszustellen.

Hessen und Sachsen stellen sich dieser Aufgabe. Sie wollen diesen Prozess aktiv gestalten und stellen dabei drei Bereiche in den Vordergrund:

- **Bevölkerungspolitik:** Wir wollen eine kinder- und familienbejahende Politik, die junge Menschen ermutigt, Kinder zu bekommen, und zwar früher und mehr als derzeit.

- **Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik:** Wir wollen, dass eine wettbewerbsfähige Wirtschaftsstruktur und ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum Vertrauen in die Zukunft schaffen. Angesichts einer im Zuge der Globalisierung sich immer rascher wandelnden Welt ist diese Herausforderung nur zu bewältigen, wenn wir dem Einzelnen optimale Möglichkeiten bieten, durch lebenslanges Lernen seine kreativen und menschlichen Potenziale auszuschöpfen.
- **Gesellschaftspolitik:** Wir wollen Veränderungsprozesse hin zu einer Gesellschaft einleiten, in der die Eigenverantwortung der Menschen gestärkt, die freie Entfaltung der Persönlichkeit ermöglicht, die Übernahme von Verantwortung für die Gesellschaft und nachfolgende Generationen unterstützt und das Altern als ein positiver und chancenreicher Prozess gesehen wird. Wir glauben, dass eine solche Gesellschaft in der Lage ist, den Herausforderungen der demographischen Entwicklung positiv zu begegnen.

Handlungsfelder

Die Gestaltung des demographischen Wandels ist eine Querschnittsaufgabe. Es kommt darauf an, auf allen politischen Ebenen ein Bewusstsein für die Bedeutung des demographischen Wandels zu schaffen und politische sowie administrative Entscheidungen immer auch unter demographischen Gesichtspunkten zu treffen.

Der folgende **Neun-Punkte-Plan** benennt die Handlungsfelder, die aus der Sicht von Hessen und Sachsen Kern einer solchen Querschnittspolitik sein müssen.

I. Bevölkerungspolitik

1. Den Schrumpfungstrend stoppen

In Deutschland sind die geburtenstarken Jahrgänge der 60er-Jahre zunehmend kinderlos geblieben. Die Geburtenrate ist seitdem auf 1,4 Kinder pro Frau gesunken. Dies hat neben Veränderungen der persönlichen Einstellung, des Rollenverständnisses der Geschlechter und veränderter Beziehungsstrukturen nicht zuletzt etwas damit zu tun, dass Kinder heute nicht mehr als Zukunftsvorsorge für das Alter gesehen werden.

Sachsen und Hessen wollen sich bei der Bewältigung des demographischen Wandels nicht allein auf eine Anpassungsstrategie beschränken. Vielmehr muss es das Ziel sein, jungen Menschen Mut zu Kindern zu machen und ihnen verlässliche Rahmenbedingungen zu bieten, welche die Verwirklichung des vorhandenen Wunsches nach Kindern ermöglichen. Die Einführung des Elterngeldes ab 2007 wird daher ausdrücklich begrüßt.

Aber die Familienpolitik muss noch effizienter werden, damit wir auf dem Weg zu mehr Geburten in Deutschland Erfolg haben. Hessen und Sachsen sehen in einer Erweiterung des bisherigen Ehegattensplittings hin zu einem Familiensplitting ein geeignetes Konzept, um diesem Gedanken Rechnung zu tragen.

2. Eine nachhaltige Familienpolitik fördert die Entscheidung für Kinder

Keine Entscheidung prägt das Leben junger Paare und Familien grundlegender und langfristiger als die Entscheidung für Kinder. Wer sich bewusst für Kinder entscheidet, drückt damit Zuversicht und Optimismus im Hinblick auf die Entwicklung seiner Lebensumstände aus. Umgekehrt gilt: Unsicherheit und Zukunftsängste führen zu einem Aufschub des Kinderwunsches bis hin zum gänzlichen Verzicht auf Kinder. Eltern sind sowohl im Hinblick auf die persönliche materielle Sicherheit als auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in besonderem Maße auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen.

Eine starke Wirtschaft und ein funktionierender Arbeitsmarkt gewährleisten Sicherheit und Perspektive für Familien. Mutige und zupackende Reformen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherungssysteme sind deshalb auch Grundlage und Voraussetzung einer nachhaltigen Familienpolitik. Lokale Netzwerke sollen helfen, familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen und so die Beschäftigung von Müttern und Vätern zu erhöhen.

Die Länder Hessen und Sachsen treten für eine nachhaltige Familienpolitik ein, die

- für die Familie als Keimzelle der Gesellschaft wirbt,

- Eltern und Kindern verlässliche Rahmenbedingungen gibt,
- die Realisierung vorhandener Kinderwünsche unterstützt,
- Vätern und Müttern die Freiheit gibt, Familie und Erwerbstätigkeit nach ihren Wünschen miteinander zu vereinbaren,
- die mit der Entscheidung für Kinder verbundenen zusätzlichen Aufwendungen und Anforderungen sowohl über verbesserte monetäre Familienleistungen als auch über bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote abfedert und
- Familien in ihrer Erziehungskompetenz stärkt.

Unser Ziel ist es also nicht nur, die Familien mittels monetärer staatlicher Leistungen besser zu stellen, sondern auch die Bedingungen für Elternschaft zu verbessern. Insbesondere muss es gelingen, Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse so auszugestalten, dass sie jungen Paaren die Realisierung des vorhandenen Kinderwunsches gestatten. Die stetig steigende Lebenserwartung bietet die Chance, Ausbildungs-, Erwerbs- und Familiengründungsphase stärker zu entzerren. Auch die Personalpolitik der Unternehmen muss sich künftig stärker am Lebenszyklus orientieren.

Hessen und Sachsen wollen sich landes- und bundespolitisch für eine bevölkerungspolitisch definierte, ganzheitliche Familienpolitik engagieren und dabei mit den Sozialpartnern und familienpolitisch aktiven Verbänden und Einrichtungen zusammenarbeiten.

Bei allen Anstrengungen, die von Seiten der Politik ergriffen werden, ist davor zu warnen, Kinder nur als ökonomische Größe und als Garant zur Sicherung unserer Sozialsysteme zu sehen. Kinder sind zunächst einmal ein Wert an sich, und dieser ist in Zahlen nicht zu messen. Sich für Kinder zu entscheiden, ist vor allem anderen eine Frage der Lebenseinstellung und der generellen Zukunftsbejahung. Freilich stößt die Politik hier an ihre Grenzen: Sie kann durch noch so viele rationale Argumente den Kinderwunsch nicht befördern, sehr wohl aber die Erfüllung vorhandener Kinderwünsche erleichtern. Die Wertschätzung für Kinder und Familien in der gesellschaftlichen Diskussion, vor allem aber im Alltag deutlich zu machen, ist eine Aufgabe für alle gesellschaftlichen Gruppen.

II. Wirtschafts-, Bildungs- und Sozialpolitik

3. Stärkung der Wachstumskräfte

Die Globalisierung stellt unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen: Wir alle müssen uns auf raschere Veränderungen in unserem Lebensumfeld einstellen; nur so können wir die Chancen, die mit der Globalisierung verbunden sind, auch nutzen. Flexibilität und Mobilität sind Voraussetzungen dafür, dass die Wachstumspotentiale in der Wirtschaft genutzt werden können und neue, zukunftsfähigere Arbeitsplätze entstehen. Dies stellt jedoch die Familien, vor das Problem, einerseits den Anforderungen der neuen Arbeitswelt zu genügen und gleichzeitig ein Umfeld aus Sicherheit und Stabilität für ihre Kinder zu schaffen, welches elementare Voraussetzung für Vertrauen und erfolgreiches Lernen ist. Eine bevölkerungspolitisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik muss darauf zielen, den Verlust an Sicherheiten durch einen Gewinn an neuen Möglichkeiten wettzumachen.

Die empirische Wirtschaftsforschung identifiziert Unternehmensinvestitionen und Humankapitalausstattung als wichtige Wachstumstreiber. Hier muss eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik ansetzen.

4. Eine auf lebenslanges Lernen ausgerichtete Bildungspolitik sichert die Innovationskraft der Gesellschaft

Den demographischen Wandel erfolgreich zu bewältigen, hängt im Wesentlichen davon ab, wie es gelingt, die Bildungsqualität zu erhöhen und Bildungspotenziale auszuschöpfen. Bildung schafft Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten, stiftet Selbstsicherheit, soziale Anerkennung und Zuversicht. Nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv gibt Bildung dem einzelnen die Chance, Probleme und Herausforderungen zu bewältigen. Die wichtigste Ressource der deutschen Wirtschaft sind gut ausgebildete, innovative, sozial denkende und unternehmerische Menschen.

Für die Wachstumsaussichten einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung ist es von besonderer Bedeutung, dass jeder einzelne die Kenntnisse und Fähigkeiten erwirbt, die ihn zu einem selbständigen und selbstverantwortlichen Leben befähigen. Deshalb müssen Zugangschancen für Ausbildung und Bildung auf einem hohen Niveau gesichert werden. Bildungspotenziale auszuschöpfen heißt insbesondere, das Bildungswesen so zu gestalten, dass es eine bestmögliche Förderung und Entfaltung jedes Menschen gewährleistet. Moderne und hochwertige Bildungs- und Forschungseinrichtungen bilden das Fundament dafür.

Um der Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft wirksamer zu begegnen, muss unser Bildungswesen sich stärker auf die frühkindliche Bildung konzentrieren. Der Bildungspolitik kommt eine zentrale Rolle zu, um hohe Arbeitsproduktivität und anhaltendes Wirtschaftswachstum sicherzustellen. Dafür müssen Schul- und Hochschulausbildung gestrafft werden, damit junge Menschen früher in den Arbeitsmarkt eintreten. Die Zahl der Schulabbrecher, also jener Jugendlichen, die für den Arbeitsmarkt häufig verloren sind, muss deutlich reduziert werden. Gefährdete Schüler müssen durch bessere individuelle Förderung und mehr Praxisnähe in der Ausbildung in die Lage versetzt werden, einen berufsqualifizierenden Abschluss zu erwerben. Kein Talent darf verloren gehen!

Darüber hinaus ist es geboten, die Bildungsanforderungen zwischen Schule und Wirtschaft stärker abzustimmen und – gerade auch im Hinblick auf die zunehmende Zahl älterer Arbeitnehmer – Rahmenbedingungen für ein lebenslanges Lernen zu schaffen. Erste hessische Erfahrungen mit dem Aufbau von „Zentren Lebensbegleitenden Lernens“ sollen in die gemeinsame Suche nach Strategien in diesem Bereich einfließen.

5. Eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik erhöht die gesamtwirtschaftliche Flexibilität und steigert das Wirtschaftswachstum

Die Auswirkungen des demographischen Wandels, insbesondere der zu erwartende Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials, haben eine tendenziell dämpfende Wirkung auf das Wirtschaftswachstum. Maßnahmen der Wachstumsförderung müssen daher im

Zentrum der Wirtschaftspolitik stehen. Dazu gehören vor allem der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sowie eine regionale und sektorale Schwerpunktsetzung bei der Wirtschaftsförderung. Die Länder Hessen und Sachsen setzen auf Wachstumspotenziale und -optionen, auch in den schon heute von Alterungs- und Schrumpfungprozessen betroffenen Regionen. Besonders wichtig ist es, dem drohenden Rückgang der Zahl von Unternehmensgründungen zu begegnen. Darüber hinaus ist es unerlässlich, die Übernahme von Unternehmen zu erleichtern und Anreize dafür zu setzen, um die Unternehmensnachfolge sichern zu können.

Durch die Flexibilisierung von Normen und Standards müssen der Wirtschaft neue Impulse gegeben werden. Die Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte sind zu beschleunigen. Das Ende letzten Jahres in Kraft getretene Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz lässt hier substanzielle Verbesserung erwarten. In das Gesetz sind Vorschläge der hessischen Initiative zur Planungsbeschleunigung sowie sächsische Erfahrungen bei der Anwendung des Verkehrswegebeschleunigungsgesetzes eingeflossen.

Gleichzeitig ist es notwendig, die Erwerbsquote Älterer zu steigern und die Innovationsfähigkeit, Risikobereitschaft und Leistungsfähigkeit einer alternden Erwerbsbevölkerung zu gewährleisten. Bestehende Beschäftigungshemmnisse für Ältere müssen beseitigt, Anreize für einen vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand abgebaut werden. Die Lebensarbeitszeit muss durch die Straffung der Schul-, Ausbildungs- und Studienzeiten einerseits, durch eine schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters andererseits verlängert werden. Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre war eine richtige Entscheidung in diesem Prozess.

Die Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist nicht nur vor dem Hintergrund einer Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials erforderlich. Angesichts einer abnehmenden Zahl von langfristigen und kontinuierlichen Erwerbsbiographien stellt die Berufstätigkeit der Frauen eine zusätzliche soziale Absicherung von Familien dar und verhindert insbesondere die Abhängigkeit alleinerziehender Mütter von staatlichen Transferleistungen. Eine zentrale Voraussetzung hierfür ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die Politik müssen hierzu

gemeinsam Initiativen ergreifen. Der hohe Beschäftigungsanteil sächsischer Frauen kann dabei als Vorbild dienen.

6. Subsidiarität stärken, Regionale Kooperationen ermutigen, Clusterbildung fördern

Die Länder Hessen und Sachsen setzen sich dafür ein, dass bei der Gestaltung öffentlicher Dienstleistungen die lokale Autonomie gestärkt wird. Im Rahmen dieser Autonomie wird es besser möglich sein, etwaige regionalspezifische Kapazitätsanpassungen vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung vorzunehmen.

Schon jetzt ist absehbar, dass sich der demographische Wandel regional verschieden auswirken wird. Die räumlichen Disparitäten bei der Bevölkerungs-, Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung werden zunehmen. Darauf muss die Politik flexibel reagieren.

Um den schrumpfungs- und altengerechten Stadtumbau erfolgreich zu gestalten, sind neue Konzepte wie interkommunale Kooperationen und Wettbewerbsanreize notwendig. Grundsätzlich muss es darum gehen, durch Kooperation Kosten für vorhandene Infrastruktur zu senken und durch Wettbewerb die Qualität der Daseinsvorsorge zu erhöhen. Hier sind die Länder gefragt, Anreizsysteme zu entwickeln. Auch in Gebieten mit schrumpfender Bevölkerung muss weiterhin eine gute Versorgung gewährleistet sein.

Die Landesregierungen von Hessen und Sachsen begrüßen, dass es zwischen Battenberg in Hessen und Erlbach in Sachsen eine Demographie-Partnerschaft geben wird, die das Ziel hat, Erfahrungen der kommunalen Ebene bei der Bewältigung des demographischen Wandels auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen.

Kleine und mittelständische Unternehmen müssen durch Clusterbildung Zugang zu Humankapital sowie zu Forschung und Entwicklung erhalten (Ausbildungs- und Forschungsverbünde). Hier sind bei der Wirtschaftsförderung regionale Branchenschwerpunkte zu setzen. Der Technologietransfer muss verbessert und beschleunigt werden. Dies erfordert eine besser koordinierte Förderpolitik sowie

Öffnungsklauseln zur kurzfristigen Änderung der Mittelverwendung und Zweckbindung, insbesondere hinsichtlich raumplanerischer und wirtschaftspolitischer Maßnahmen für unterschiedlich dicht besiedelte Gebiete. Die Länder Hessen und Sachsen werden sich speziell für Öffnungsklauseln in Bundesgesetzen und europarechtlichen Regelungen einsetzen.

In bestimmten Politikbereichen, wie z. B. dem Hochschulwesen, streben Hessen und Sachsen eine Kooperation auf Länderebene an. Um die hessischen Hochschulen in der Zeit der größten Kapazitätsengpässe, die etwa durch die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre erwartet werden, zu entlasten, könnte durch gezielte Information und engere Zusammenarbeit hessischer Studenten die Aufnahme eines Studiums an sächsischen Hochschulen erleichtert werden.

7. Eine nachhaltige Finanzpolitik sichert Generationengerechtigkeit

Da es sich bei den demographischen Veränderungen um ein dauerhaftes Phänomen handelt, lassen sich die anstehenden Veränderungen und Anpassungsprobleme nicht über Verschuldung lösen. Eine solche Politik würde die Probleme nur auf nachfolgende Generationen verlagern und verstärken. Der eingeschlagene Konsolidierungskurs muss deshalb konsequent fortgesetzt werden, weil nur eine solide Finanzpolitik die Handlungsspielräume für künftige Generationen aufrechterhält. Mit Hessen und Sachsen arbeiten zwei Länder zusammen, die 2005 die geringste Pro-Kopf-Neuverschuldung aller Länder in Deutschland hatten. Nach den vorläufigen Zahlen für 2006 hatte Sachsen sogar einen ausgeglichenen Haushalt.

III. Gesellschaftspolitik

8. Ein selbstverständliches Miteinander der Generationen aufbauen

Schrumpfung und Alterung sind nicht nur eine Herausforderung für Politik, Verwaltung und Wirtschaft, sondern für alle gesellschaftlichen Gruppen. Insbesondere die deutliche Verschiebung des Zahlenverhältnisses von Jungen und Alten verlangt ein neues

Verständnis von Solidarität zwischen den Generationen. Das betrifft nicht nur die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, sondern auch das Zusammenleben in einer alternden Gesellschaft sowie die Beiträge, die Junge und Alte dazu leisten.

In unserer Gesellschaft sollten nicht Generationen trennende Lebensvorstellungen und Erfahrungen in den Vordergrund gerückt werden, sondern es soll ein wechselseitiges, aktives Miteinander der Generationen zur Leitvorstellung werden. Die Länder Hessen und Sachsen erachten es als notwendig, dass beispielsweise Generationen übergreifende Wohn- und Begegnungsangebote (z. B. Mehrgenerationenhäuser) ermöglicht werden. Öffentliche und private Infrastruktureinrichtungen sollen so gebaut und gestaltet werden, dass sie multifunktional genutzt werden können (z. B. Kinderbetreuungsangebote und Seniorentreff unter einem Dach). Die frühzeitige Begegnung der Erfahrungen der Älteren und der Dynamik der Jungen ist eine Chance für uns alle!

9. Eine aktive Bürgergesellschaft ist die Stütze unserer Demokratie

Bei der Ausgestaltung einer solidarischen Gesellschaft bedarf es der bürgerschaftlichen Verantwortung aller, die sich für die Gemeinschaft engagieren können. Die Länder Hessen und Sachsen wollen deshalb Anreize für eine Aktivierung der Bürgergesellschaft, in der soziale und ehrenamtliche Selbstorganisation zur Lösung verschiedenster Probleme alltäglich werden (z. B. für Kinderbetreuung, Altenbetreuung, Förderung bildungsferner Schichten), stärken. Das vorhandene Engagement vieler Menschen sollte die Politik positiv aufgreifen und gesetzliche Hemmnisse abbauen, die die Intensivierung bürgerschaftlichen Engagements behindern. Die gemeinsamen Erfahrungen beider Länder aus Ehrenamtskampagnen werden in die Überlegungen eingebracht.

Fazit: Hessisch-Sächsische Zusammenarbeit

Die Länder Hessen und Sachsen wollen ihre Zusammenarbeit bei der Gestaltung des demographischen Wandels intensivieren. Die unterschiedliche Ausgangslage und Betroffenheit in den beiden Ländern bedingen jeweils verschiedene Handlungsoptionen und Lösungen auf Landes- und Gemeindeebene. Dennoch sind viele Probleme strukturell ähnlich gelagert. Hessen und Sachsen vereinbaren deshalb einen Erfahrungsaustausch, zu dem wir in einem Jahr im Rahmen eines gemeinsamen Demographie-Kongresses eine erste Bilanz ziehen wollen.

Die Länder Hessen und Sachsen vereinbaren darüber hinaus, dass die Möglichkeiten und Erfordernisse der Deregulierung im Zusammenhang mit der Gestaltung des demographischen Wandels vertiefend behandelt werden. Bis zum Jahresende 2007 soll eine gemeinsame Arbeitsgruppe dazu konkrete Vorschläge unterbreiten. Auf deren Grundlage werden beide Länder Bundesratsinitiativen starten, die den Handlungsspielraum der Länder ausweiten sollen, um den jeweils unterschiedlichen Anforderungen der demographischen Entwicklung in den Ländern individuell und flexibel begegnen zu können.

Die Länder Hessen und Sachsen wollen mit allen relevanten Akteuren in einen konstruktiven Dialog treten. Deshalb laden wir alle herzlich ein, sich an dieser hoch aktuellen und spannenden Debatte zur Gestaltung unserer Zukunft zu beteiligen.